

GROSSER RAT

Dezembersession 2022

Auftrag Kappeler betreffend Beschleunigung des AGD Etappe II

In der Antwort zur Fraktionsanfrage GLP betreffend Umsetzung AGD Etappe II begründet die Regierung die Verzögerungen damit, dass die notwendigen Abklärungen aufwendiger sind und departementsübergreifend ein hoher Abstimmungsbedarf besteht. Die Regierung stellt in Aussicht, dass die Beratung der Botschaft zur Umsetzung AGD Etappe II voraussichtlich in der ersten Hälfte 2025 stattfinden kann.

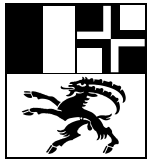
Zwischenzeitlich werden vom Parlament laufend neue Forderungen an den AGD gestellt. Und es ist davon auszugehen, dass solche Bestrebungen tendenziell zunehmen werden. Andererseits werden Forderungen lauter, welche zu einer Schmälerung der Einnahmen führen (z. B. Auftrag Hohl zur Steuerentlastung von Familien und Fachkräften), und ausserdem sind die Ausschüttungen der Nationalbank an die Kantone in Frage gestellt. All diese Entwicklungen machen die geplante Umsetzung des AGD Etappe II (Massnahmen sowie Finanzierung) nicht einfacher.

Um den dringend notwendigen Klimaschutz und die damit verbundene Dekarbonisierung zumindest etappiert voranzutreiben, beauftragen die Unterzeichnenden die Regierung

- die notwendigen Arbeiten zur raschen Umsetzung von Schlüsselmassnahmen mit einem hohen Wirkungs-/Kosten-Verhältnis priorisiert voranzutreiben (z. B. Identifikation von innovativen Projekten zur Erreichung des Netto-Null-Ziels, Förderung erneuerbarer (Winter-)Stromproduktion, Entwicklung erneuerbarer Fernwärme und -kälte, Förderung von Ladestationen, klimaneutrale Tourismusregionen)
- ab dem Jahr 2025 bis zur definitiven Zusammensetzung der Alimentierung des Klimafonds zusätzlich jährlich CHF 40 Millionen aus aktuellen Steuermitteln von Kanton und Bund für Massnahmen zum Klimaschutz bereitzustellen (und die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen)
- die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit priorisierte Schlüsselmassnahmen bereits ab 2025 finanziert werden können

Chur, 7. Dezember 2022

Kappeler, Maissen, Baselgia, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bleuler-Jenny, Butzerin, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Danuser (Chur), Degiacomi, Della Cà, Dietrich, Gredig, Kreiliger, Mazzetta, Müller, Nicolay, Oesch, Pajic, Perl, Preisig, Rageth, Retich, Rusch Nigg, Saratz Cazin, Schneider, von Ballmoos, Walser, Walther, Wilhelm, Zindel



Sitzung vom

21. Februar 2023

Mitgeteilt den

22. Februar 2023

Protokoll Nr.

141/2023

Auftrag Kappeler

betreffend Beschleunigung des AGD Etappe II

Antwort der Regierung

Mit dem Beschluss eines Verpflichtungskredits und einer Reserve über 67 Mio. Franken hat der Grosse Rat die Finanzierung der Massnahmen der ersten Etappe des Aktionsplans Green Deal (AGD) von 2021 bis 2024 sichergestellt. Damit konnten bestehende Fördermassnahmen verstärkt werden, für welche die Rechtsgrundlagen bereits bestehen – nämlich energetische Gebäudesanierungen, der Ersatz von Heizanlagen, Beiträge an den öffentlichen Verkehr und Massnahmen in der Landwirtschaft. Mit der in Erarbeitung befindlichen Etappe II des AGD verfolgt die Regierung das Ziel, die Rechtsgrundlagen für weitere (Förder-)Massnahmen zu schaffen, die in der Botschaft der Regierung vom 14. Juni 2021 nicht abschliessend genannt sind. Mit der Etappe II wird eine umfassende Auslegeordnung bereitgestellt, auf deren Basis der Grosse Rat nach der Vernehmlassung, und in Kenntnis aller Fakten, die Gesetzesvorlage beraten und die entsprechenden Entscheide treffen kann. Für die Spezialfinanzierung des Klimafonds und dessen Speisung müssen vorher jedoch die nötigen rechtlichen Grundlagen erarbeitet werden. Diese Grundlagen schaffen überdies die Möglichkeit der Förderung weiterer Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen. Zudem sind diese Rechtsgrundlagen essenziell für eine verstärkte Förderung von prioritären Vorhaben zum Klimaschutz und können voraussichtlich zeitgerecht bereitgestellt werden. Eine Staffelung dieses Rechtsetzungsprojekts ist nicht angezeigt, da sie nur gesamthaft eine adäquate Wirkung erzielen können. Bezüglich der Aufzählung in der Klammer von Punkt 1 des Auftrags gilt es festzuhalten, dass es nicht Aufgabe der Regierung oder der kantonalen Verwaltung ist, innovative Massnahmen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels zu identifizieren oder Schlüsselmassnahmen mit einem hohen Wirkungs-Kosten-Verhältnis priorisiert voranzutreiben, wenn sie nicht bereits bestehende Zuständigkeiten des Kantons betreffen. Vielmehr sind Gesetzesanpassungen vorzubereiten, damit entsprechende Massnahmen von Gesuchstellenden aus der Wirtschaft, der Energieversorgung oder der Landwirtschaft bewertet und gefördert werden können. Der AGD soll nicht dazu führen, dass dem

Kanton neue Aufgaben zugewiesen und dadurch die Zuständigkeiten von Wirtschaft, Energieversorgern etc. beschnitten werden. Hingegen ist es erwünscht, dass mögliche Trägerschaften von Schlüsselmassnahmen solche Vorhaben an die Verwaltung herantragen, damit zur Förderung solcher Vorhaben geeignete Bestimmungen im Rechtsetzungsprojekt aufgenommen werden können. Die Ressourcen der Verwaltung werden derzeit vollständig für das Gesetzgebungsvorhaben benötigt. Die Regierung beantragt dem Grossen Rat deshalb, den Punkt 1 abzulehnen. Da der bestehende Verpflichtungskredit Ende 2024 erschöpft sein könnte, ist eine Anschlussfinanzierung zu prüfen, damit Fördermassnahmen mit bestehender rechtlicher Grundlage nicht gestoppt werden müssen. Hingegen wäre es nicht zielführend, bereits für Massnahmen der Etappe II Finanzierungen einzuplanen, ohne dass die rechtlichen Grundlagen zur Förderung dieser Massnahmen bestehen. Jährlich 40 Mio. Franken aus allgemeinen Staatsmitteln ohne entsprechende Rechtsgrundlagen für Klimamassnahmen bereitzustellen, wäre nicht sinnvoll und würde dem Verbot der Zweckbindung von Hauptsteuern widersprechen. Aufgrund dieses Sachverhalts beantragt die Regierung dem Grossen Rat, Punkt 2 dahingehend abzuändern, dass ein Zusatzkredit zum bestehenden Verpflichtungskredit zu prüfen und dem Grossen Rat im Bedarfsfall im 2024 vorzulegen ist. Der von der Regierung im Mai 2022 beschlossene Zeitplan sieht vor, dass die Freigabe für die Vernehmlassung im letzten Quartal 2023 erfolgen soll. Die weiteren Schritte werden von den Ergebnissen der Vernehmlassung und der Behandlung im Grossen Rat abhängen, wobei der Bereitschaft zur Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel für den Klimafonds eine entscheidende Bedeutung zukommen wird. Weil die Regierung Punkt 3 allein nicht erfüllen kann und bereits einen ambitionierten Zeitplan beim Rechtsetzungsprojekt verfolgt, wird dem Grossen Rat beantragt, den Punkt 3 abzulehnen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend die Punkte 1 und 3 abzulehnen und betreffend den Punkt 2 wie folgt abzuändern: Es ist ein Zusatzkredit zum bestehenden Verpflichtungskredit zu prüfen und dem Grossen Rat im Bedarfsfall im 2024 vorzulegen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da december 2022

Incumbensa Kappeler concernent l'acceleraziun da la segunda etappa dal AGD

En sia resposta a la dumonda da la fracziun da la PVL concernent la realisaziun da la segunda etappa dal AGD motivescha la Regenza ils retards cun l'argument, ch'ils scleriments necessaris dovrian dapli temp e ch'igl existia in grond basegn da coordinaziun sin plaun interdepartamental. La Regenza empermetta che la debatta davart la missiva tar la realisaziun da la segunda etappa dal AGD vegnia probablamain ad avair lieu durant l'emprima mesadad da l'onn 2025.

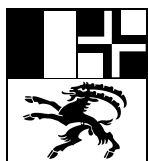
En il fratemp fetschia il parlament permanentamain novas pretensiuns al AGD. E ch'i saja da partir dal fatg, che talas stentas vegnian tendenzialmain a s'augmentar. Da l'autra vart audian ins pli e pli pretensiuns che chaschunan ina reducziun da las entradas (p.ex. incumbensa Hohl per distgargiar fiscalmain famiglias e persunas spezialisadas), e plinavant vegnian messas en dumonda las distribuziuns da la Banca naziunala als chantuns. Tut quests svilups na simplifitgeschian betg la realisaziun planisada da la segunda etappa dal AGD (mesiras sco er finanziaziun).

Per far avanzar almain en etappas la protecziun dal clima ch'è urgentamain necessaria, sco er la decarbonisaziun colliada cun quella, incumbenseschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza

- d'accelerar cun prioritad las lavurs ch'èn necessarias per realisar svelt las mesiras cardinalas che han in'auta relaziun tranter ils custs ed il niz (p.ex. identifitgar ils projects innovativs per cuntanscher la finamira netto nulla, promover la producziun d'electricidad regenerabla (d'enviern), sviluppar chalur e fradur a distanza regenerabla, promover staziuns per chargiar vehichels electric e regions turisticas ch'èn climaticamain neutralas)
- da metter a disposiziun – a partir da l'onn 2025 fin a la cumposiziun definitiva da l'alimentaziun dal Fond per il clima – supplementarmain mintga onn 40 milliuns francs ord ils meds finanzials actuals da las taglias chantunals e federalas a favur da mesiras per la protecziun dal clima (e da stgaffir las basas legalas ch'èn necessarias per quai)
- da far las adattaziuns legalas necessarias per che las mesiras cardinalas priorisadas possian vegnir finanziadas gia a partir da l'onn 2025

Cuira, ils 7 da december 2022

Kappeler, Maissen, Baselgia, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bleuler-Jenny, Butzerin, Cahenzli-Philipp (Vaz Sut), Danuser (Cuira), Degiacomi, Della Cà, Dietrich, Gredig, Kreiliger, Mazzetta, Müller, Nicolay, Oesch, Pajic, Perl, Preisig, Rageth, Rettich, Rusch Nigg, Saratz Cazin, Schneider, von Ballmoos, Walser, Walther, Wilhelm, Zindel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

21 da favrer 2023

22 da favrer 2023

141/2023

Incumbensa Kappeler

concernent l'acceleraziun da la segunda etapa dal AGD

Resposta da la Regenza

Cun concluder in credit d'impegn ed ina reserva da passa 67 milliuns francs ha il Cussegl grond garantì la finanziaziun da las mesiras da l'emprima etapa dal Plan d'acziun Green Deal (AGD) che dura da 2021 fin 2024. Quests daners han permess da rinforzar las mesiras da promoziun existentas, per las qualas las basas legalas existan gia – numnadamain sanaziuns energeticas d'edifizis, il remplazzament da stgaudaments, contribuziuns per il traffic public e mesiras en l'agricultura. Cun l'etappa II dal AGD, che vegn elavurada actualmain, ha la Regenza la finamira da stgaffir las basas legalas per ulteriuras mesiras (da promoziun), che n'èn betg numnadas definitivamain en la missiva da la Regenza dals 14 da zercladur 2021. En connex cun l'etappa II vegn messa a disposiziun ina survista generala cumplessiva che furma la basa per il Cussegl grond per discutir il project da lescha – suentar la consultaziun ed en enconuschientscha da tut ils fatgs – e per prender las decisiuns correspundentas. Per la finanziaziun speziala dal Fond per il clima e per l'alimentaziun da quest fond ston dentant vegnir elavuradas ordavant las basas legalas necessarias. Questas basas permettian plinavant da promover ulteriuras mesiras per proteger il clima e per adattar al clima. Ultra da quai èn questas basas legalas essenzialas per promover pli fitg ils projects prioritars destinads a proteger il clima, ed ellas pon probablamain vegnir messas a disposiziun a temp util. I n'è betg inditgà da graduar quest project legislativ, perquai ch'el po obtegnair in effect adequat mo en sia totalitad. Areguard l'enumeraziun en la parantesa dal punct 1 da l'incumbensa ston vegnir constatà, ch'i n'è betg l'incumbensa da la Regenza u da l'administraziun chantunala d'identifitgar mesiras innovativas per cuntanscher la finamira netto nulla u d'accelerar cun prioritad mesiras cardinalas che han in'alta relaziun tranter l'effect ed ils custs, nun ch'ellas pertutgian cumpetenzas dal chantun gia existentas. Plitost vali da preparar adattaziuns da leschas, per che las mesiras correspundentas dals petents da l'economia, dal provediment d'energia u da l'agricultura possian vegnir validadas e

promovidas. Il AGD na duess betg avair per consequenza, ch'il chantun survegn novas incumbensas e ch'i vegnan uschia reducidas las cumpetenzas da l'economia, dals provediders d'electricitad e.u.v. Percunter èsi in giavisch, ch'ils eventuels portaders da las mesiras cardinalas suttamettian tals projects a l'administraziun, per ch'i possian vegnir integradas las disposiziuns adequatas en il project legislativ, quai per promover tals projects. Actualmain vegnan las resursas da l'administraziun duvradas cumpletmain per il project legislativ. Perquai propona la Regenza al Cussegl grond da refusar il punct 1. Perquai ch'il credit d'impegn existent pudess esser exhaust la fin da l'onn 2024, sto vegnir examinada ina finanziaziun consecutiva, quai per ch'ins na stoppia betg fermar las mesiras da promoziun pervia da la basa legala existenta. I na fiss er betg cunvegner da planisar finanziaziuns per mesiras da l'etappa II senza l'esistenza da las basas legalas per promover questas mesiras. Da metter a disposiziun mintga onn 40 milliuns francs per mesiras a favur dal clima ord meds publics generals senza las basas legalas correspudentas, na fiss betg raschunaivel e s'opponiss al scumond da la destinaziun fixa da las tagliis principalas. Sin basa da quests fatgs propona la Regenza al Cussegl grond da midar il punct 2 en quel senn, ch'in credit supplementar al credit d'impegn existent sto vegnir examinà ed en cas da basegn suttamess al Cussegl grond l'onn 2024. L'urari che la Regenza aveva concludì il matg 2022 prevesa, che la consultaziun duaja vegnir dada libra l'ultim quartal da l'onn 2023. Ils ulteriurs pass vegnan a depender dals resultats da la consultaziun e da la debatta en il Cussegl grond. En quest connex vegn la prontezza da metter a disposiziun ils meds finansials necessaris per il Fond per il clima ad avair ina impurtanza decisiva. Perquai che la Regenza na po betg ademplir suletta il punct 3 e perquai ch'ella ha gia in urari ambizius per il project legislativ, vegni proponì al Cussegl grond da refusar il punct 3.

Sin basa da questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar l'incumbensa qua avant maun concernent ils puncts 1 e 3 e da la midar sco suonda concernent il punct 2: In credit supplementar al credit d'impegn existent sto vegnir examinà ed en cas da basegn suttamess al Cussegl grond l'onn 2024.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il cancellier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di dicembre 2022

Incarico Kappeler concernente l'accelerazione della tappa II del PAGD

Nella risposta all'interpellanza di frazione PVL concernente l'attuazione della tappa II del PAGD, il Governo giustifica i ritardi adducendo che gli accertamenti necessari richiedono più tempo del previsto e che a livello interdipartimentale sussiste un elevato bisogno di coordinamento. Il Governo prevede che la discussione del messaggio relativo all'attuazione della tappa II del PAGD avverrà presumibilmente nella prima metà del 2025.

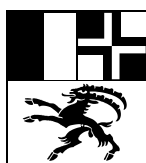
Nel frattempo, il Parlamento pone costantemente nuove richieste al PAGD. Inoltre occorre presumere che tali sforzi tenderanno ad aumentare. D'altro lato le richieste che comportano un ridimensionamento delle entrate (ad es. incarico Hohl concernente sgravi fiscali per famiglie e specialisti) si fanno più insistenti e inoltre le distribuzioni degli utili da parte della Banca nazionale ai Cantoni vengono messe in discussione. Tutti questi sviluppi non facilitano la prevista attuazione della tappa II del PAGD (misure nonché finanziamento).

Per portare avanti perlomeno a tappe la protezione del clima urgentemente necessaria e la decarbonizzazione a essa connessa, i firmatari e le firmatarie incaricano il Governo

- di portare avanti in maniera prioritaria i lavori necessari per una rapida attuazione di misure chiave con un elevato rapporto effetto/costi (ad es. identificazione di progetti innovativi per raggiungere l'obiettivo di emissioni nette pari a zero, promozione della produzione di elettricità (invernale) rinnovabile, sviluppo di reti di teleriscaldamento e teleraffreddamento rinnovabili, promozione di stazioni di ricarica, regioni turistiche neutrali dal profilo climatico)
- di mettere a disposizione a partire dal 2025 e fino alla definitiva composizione dell'alimentazione del fondo per il clima un importo annuo supplementare pari a 40 milioni di franchi risultanti da attuali mezzi fiscali cantonali e federali per misure destinate alla protezione del clima (e di creare le necessarie basi giuridiche)
- di procedere ai necessari adeguamenti legislativi affinché sia possibile finanziare le misure chiave prioritarie già a partire dal 2025.

Coira, 7 dicembre 2022

Kappeler, Maissen, Baselgia, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bleuler-Jenny, Butzerin, Cahenzli-Philipp (Untervaz), Danuser (Coira), Degiacomi, Della Cà, Dietrich, Gredig, Kreiliger, Mazzetta, Müller, Nicolay, Oesch, Pajic, Perl, Preisig, Rageth, Retich, Rusch Nigg, Saratz Cazin, Schneider, von Ballmoos, Walser, Walther, Wilhelm, Zindel



Seduta del

21 febbraio 2023

Comunicato il

22 febbraio 2023

Protocollo n.

141/2023

Incarico Kappeler

concernente l'accelerazione della tappa II del PAGD

Risposta del Governo

Con la decisione relativa alla concessione di un credito d'impegno e di una riserva per oltre 67 milioni di franchi il Gran Consiglio ha garantito il finanziamento delle misure della prima tappa del piano d'azione Green Deal (PAGD) dal 2021 al 2024. In questo modo è stato possibile rafforzare le misure di promozione esistenti per le quali esistono già le basi giuridiche, nello specifico i risanamenti energetici di edifici, la sostituzione di impianti di riscaldamento, i contributi ai trasporti pubblici e le misure nel settore dell'agricoltura. Con la tappa II del PAGD, attualmente in fase di elaborazione, il Governo persegue l'obiettivo di creare le basi giuridiche per ulteriori misure (di promozione) le quali non sono ancora state menzionate in modo esaustivo nel messaggio del Governo del 14 giugno 2021. Con la tappa II viene messa a disposizione un'analisi completa sulla cui base il Gran Consiglio, dopo la consultazione e a conoscenza di tutti i fatti, potrà avviare le discussioni relative al progetto di legge e prendere le decisioni corrispondenti. Per il finanziamento speciale del fondo per il clima e la sua alimentazione occorre tuttavia elaborare innanzitutto le necessarie basi giuridiche. Tali basi creano inoltre la possibilità di promuovere ulteriori misure di protezione del clima e di adattamento al clima. Tali basi giuridiche sono poi essenziali per una promozione potenziata di progetti prioritari per la protezione del clima e potranno presumibilmente essere messe a disposizione entro i termini previsti. Uno scaglionamento di questo progetto legislativo non è opportuno, poiché le basi giuridiche possono produrre un effetto adeguato solo nel complesso. In relazione all'elenco tra parentesi nel punto 1 dell'incarico occorre constatare che identificare misure innovative per raggiungere l'obiettivo di emissioni nette pari a zero oppure portare avanti in maniera prioritaria misure chiave con un elevato rapporto effetto/costi non è compito del Governo o dell'Amministrazione cantonale se dette misure non riguardano competenze del Cantone già esistenti. Vanno piuttosto preparati adeguamenti legislativi affinché misure corrispondenti possano essere valutate e promosse dai richie-

denti del settore dell'economia, dell'approvvigionamento energetico oppure dell'agricoltura. Il PAGD non dovrebbe far sì che al Cantone vengano attribuiti nuovi compiti e che ne consegua una riduzione delle competenze dell'economia, delle aziende di approvvigionamento energetico ecc. Si desidera piuttosto che i possibili enti responsabili di misure chiave portino tali progetti all'attenzione dell'Amministrazione affinché nel progetto legislativo sia possibile inserire disposizioni adeguate per la promozione di tali progetti. Attualmente, le risorse dell'Amministrazione vengono impiegate integralmente per il progetto legislativo. Il Governo incarica pertanto il Gran Consiglio di respingere il punto 1. Poiché il credito d'impegno esistente potrebbe esaurirsi a fine 2024, occorre analizzare un finanziamento aggiuntivo in modo da non dover interrompere le misure di promozione con base giuridica esistente. Per contro sarebbe poco opportuno pianificare già finanziamenti per misure della tappa II senza che esistano basi giuridiche per la loro promozione. Mettere a disposizione 40 milioni di franchi all'anno di mezzi statali generali per misure a favore del clima senza le corrispondenti basi giuridiche non sarebbe sensato e violerebbe il divieto della destinazione vincolata di imposte principali. Sulla base di questa fattispecie, il Governo incarica il Gran Consiglio di modificare il punto 2 in modo da analizzare un credito aggiuntivo per il credito d'impegno esistente e che tale credito aggiuntivo debba essere presentato se necessario al Gran Consiglio nel 2024. Il piano delle tempistiche deciso dal Governo a maggio 2022 prevede che il via libera per la consultazione avvenga nell'ultimo trimestre del 2023. I passi successivi dipenderanno dai risultati della consultazione e del dibattito in Gran Consiglio, attribuendo un'importanza determinante alla volontà di mettere a disposizione i mezzi finanziari necessari per il fondo per il clima. Poiché il Governo non è in grado di soddisfare autonomamente il punto 3 e poiché esso persegue già un piano delle tempistiche ambizioso con il progetto legislativo, esso incarica il Gran Consiglio di respingere il punto 3.

In base a quanto esposto il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere il presente incarico per quanto riguarda i punti 1 e 3 e di modificarlo come segue per quanto riguarda il punto 2: occorre analizzare un credito aggiuntivo per il credito d'impegno esistente e presentarlo se necessario al Gran Consiglio nel 2024.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin